



Sabine Zimmermann  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74230

Fax 030 227 – 76227

E-Mail: [sabine.zimmermann@bundestag.de](mailto:sabine.zimmermann@bundestag.de)

05.01.2017

## **Für Solo-Selbständige muss mehr getan werden**

Die Zahl der Selbständigen ohne Beschäftigte, sogenannte Solo-Selbständige, ist seit dem Jahr 2000 deutlich angestiegen, von 1,84 Millionen auf 2,3 Millionen im Jahr 2015. Mittlerweile gibt es deutlich mehr Solo-Selbständige als Selbständige mit Beschäftigten, deren Zahl lag im Jahr 2015 bei 1,86 Millionen, 2000 waren es 1,8 Millionen. Inzwischen sind etwa 5,7% aller Erwerbstätigen solo-selbstständig.

Solo-Selbständige leben vielfach in prekären Verhältnissen. 667.000 Solo-Selbstständige verfügen lediglich über ein persönliches Nettoeinkommen von bis zu 1.100 Euro. Dies entspricht knapp 30% aller Solo-Selbstständigen. Besonders hoch ist der Anteil von gering verdienenden Solo-Selbstständigen mit 40% bei personenbezogenen Dienstleistungen.

Diese Informationen gehen aus der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zur beruflichen und sozialen Lage sowie zur sozialen Absicherung von Solo-Selbstständigen der Fraktion DIE LINKE hervor.

Zahlreiche Selbstständige sind auf ergänzende Arbeitslosengeld-II-Leistungen angewiesen. Deren Zahl ist von 67.245 im Jahr 2007 auf 117.277 im Jahr 2015 angestiegen. Unter den erwerbstätigen Hartz-IV-Leistungsberechtigten ist der Anteil der Selbstständigen in diesem Zeitraum von 5,5 Prozent auf 9,5 Prozent angestiegen. Fast die Hälfte der selbstständig erwerbstätigen Hartz-IV-Beziehenden befindet sich mit mindestens vier Jahren dauerhaft im Leistungsbezug.

Die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Sabine Zimmermann, erklärt dazu:

„Der Weg in die Selbständigkeit ist für viele auch ein Weg in eine prekäre Tätigkeit, von der man nicht leben kann. Viele Selbständige fühlen sich von der Politik allein gelassen mit ihren Problemen und zu wenig gefördert. Dies gilt insbesondere für die Bundesregierung, die in ihren Antworten auf die Große Anfrage keinerlei Ideen präsentiert, wie die Rahmenbedingungen für Solo-Selbstständige verbessert werden können. Diese fehlende Kreativität zeigt sich insbesondere bei geeigneten Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation. Wir hingegen meinen: Die Einführung eines Mindesthonorars für Solo-Selbständige sollte diskutiert werden.“



Sabine Zimmermann  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74230

Fax 030 227 – 76227

E-Mail: [sabine.zimmermann@bundestag.de](mailto:sabine.zimmermann@bundestag.de)

Sabine Zimmermann weiter:

„Ein großes Problem ist zudem die mangelnde soziale Absicherung. Während die Bundesregierung dokumentiert, dass in verschiedenen EU-Ländern Selbstständige generell in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen werden, bestehen in Deutschland große Sicherungslücken. Die Absicherung gegen Erwerbslosigkeit sowie gegen Einkommensverlust im Alter findet bei dem Großteil der Solo-Selbstständigen nicht statt. Bei der Krankenversicherung wäre vielfach bereits ein konsequent einkommensbezogener Beitrag hilfreich zur Erhöhung der verfügbaren Einkommen. DIE LINKE fordert einen realistischen und gerechten Beitrag zur Krankenversicherung. Dazu haben wir einen Antrag in den Bundestag mit der Forderung eingebracht, dass sich der Mindestbeitrag an der Geringfügigkeitsgrenze von 450 Euro orientieren muss. Das wäre ein Mindestbeitrag von rund 70 Euro und rund 12 Euro für die Pflegeversicherung. Oberhalb davon soll entsprechend des Einkommens gezahlt werden, wie bei Angestellten auch. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.“

Quellen:

Einkommen: Tabelle 25 -2 auf S. 33 des Anhangs

Selbstständige und Hartz IV: S. 51: Anzahl und Anteil selbstständig erwerbstätiger SGB-II-Berechtigter sowie S. 53: Verweildauer

Pressemitteilung